FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World



Bern regiert gegen den Willen des Volkes, dem es angeblich dient

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) rückt die Schweiz seit Jahren näher an die NATO heran, ohne jemals das Volk zu befragen. Am 27. September können die Schweizerinnen und Schweizer endlich darüber entscheiden.

Urs Maurer-Lambrou

Di. 22 Sep 2026 17 Leseminuten

Im Jahr 1813 traf ein junger griechischer Diplomat im Dienste von Zar Alexander I. in einer Schweiz ein, die am Rande eines Bürgerkriegs stand. Der auf Korfu geborene Ioannis Kapodistrias widmete sich zwei Jahre lang der Wahrung der Einheit der Eidgenossenschaft. Danach gelang ihm eine weitaus nachhaltigere Leistung: Am Wiener Kongress überzeugte er die europäischen Mächte davon, dass

eine dauerhaft neutrale Schweiz in ihrem gemeinsamen Interesse liege. Am 20. November 1815 unterzeichneten Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Portugal, Preussen und Russland in Paris eine Erklärung, die diesen Grundsatz garantierte. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) widmet diesem Thema noch heute eine Seite und räumt ein, dass die Schweiz ohne diesen Grundsatz ganz anders aussehen würde.

Diese Garantie hat zwei Weltkriege und den Kalten Krieg überstanden. Nun wird sie abgeschafft – nicht durch eine Volksabstimmung, sondern durch ein Regierungsdepartement.

Am 27. September 2026 wird das Schweizer Volk darüber abstimmen, ob die ewige und bewaffnete Neutralität in der Verfassung verankert werden soll. Die Initiative würde der Schweiz den Beitritt zu militärischen Bündnissen verbieten und ihre Zusammenarbeit mit bestehenden Bündnissen einschränken. Sie würde das Land aus Kriegen zwischen Drittländern heraushalten und Sanktionen nur dann zulassen, wenn diese von der UNO genehmigt sind. Im Jahr 2027 oder 2028 werden die Stimmbürger über eine Mehrwertsteuererhöhung entscheiden, mit der ein massives Wiederaufrüstungsprogramm finanziert werden soll. Die beiden Themen scheinen nichts miteinander zu tun zu haben. In Wirklichkeit sind sie ein und dasselbe. Sollten die Schweizer ihr Geld und ihre Neutralität dem VBS anvertrauen?

Die Antwort lautet in beiden Fällen: Nein.

Vier Skandale, null Konsequenzen

Beginnen wir mit der RUAG, dem Rüstungs- und Instandhaltungsunternehmen des Bundes. Es ist das Paradebeispiel für ein staatliches Unternehmen, das sich der Kontrolle des zuständigen Ministeriums entzogen hat.

Im August 2019 machte ein Whistleblower das VBS und den Verwaltungsrat der RUAG auf den Verkauf von Leopard-Panzern aufmerksam. Panzer und Ersatzteile sollen weit unter ihrem Marktwert verkauft worden sein. Niemand ging diesen Vorwürfen nach. Sechs Jahre später, im Februar 2025, veröffentlichte die Eidgenössische Rechnungsprüfung ihre Ergebnisse. Darin werden Betrugsverdacht, chaotische Lagerverwaltung und ein Verwaltungsrat beschrieben, der seine eigenen Aufsichtskapazitäten überschätzt hat. Es werden schwerwiegende Anzeichen für strafrechtlich verwerfliches Verhalten festgestellt und der Verlust auf mehrere zehn Millionen Franken geschätzt. Die Kontrollkommission des Parlaments bezeichnete später den Umgang des Departements mit der Meldung als „suboptimal“.

Aus denselben Prüfungen geht hervor, dass RUAG im Jahr 2016 100 gebrauchte Leopard-1-Panzer von der italienischen Armee gekauft hat – ohne die eigenen Genehmigungsvorschriften einzuhalten, ohne dokumentierte Zustimmung des Verwaltungsrats und ohne den Eigentümer zu informieren. Die Panzer blieben in Italien eingelagert, außerhalb der Sichtweite von Bern. Die Prüfungen brachten zudem etwas noch Grundlegenderes ans Licht: Zwischen 2014 und 2023 nahm RUAG 1.140 Abschreibungen und 1.319 Bestandsanpassungen ohne Zustimmung der Armee vor. Eine physische Bestandsaufnahme war nie durchgeführt worden. Die Linke forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, eine Massnahme, die zuletzt 1989 im Rahmen der „Fiches"-Affäre gegen dieses Departement ergriffen worden war. Die Mitte-Rechts-Mehrheit lehnte dies ab.

Hinzu kommt die „Lösegeld"-Affäre. Im Herbst 2025 hackte die Akira-Gruppe eine kleine RUAG-Tochtergesellschaft in Virginia (USA). Diese Einheit leistet Unterstützung für die Schweizer Flotten von F-5- und F/A-18-Kampfflugzeugen. Rund 24 Gigabyte an Daten wurden gestohlen. RUAG zahlte den Kriminellen entgegen der Empfehlung des Bundesamtes für Cybersicherheit. Das VBS erfährt davon, wie alle anderen auch, im Juni 2026, als der Verwaltungsratspräsident im SRF-Radio die Zahlung einer „kleinen Summe" erwähnt. Im August schloss das VBS seine Untersuchung ab und sprach RUAG frei. Seine Begründung lautet wie folgt: Ein privatrechtliches Unternehmen entscheidet in solchen Angelegenheiten eigenständig. Das Departement, das gerade wegen mangelnder Aufsicht über RUAG kritisiert wurde, kommt somit zu dem Schluss, dass eine Lösegeldzahlung, über die es nie informiert wurde, nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt.

Der vierte Skandal ist strategisch gesehen der kostspieligste. Die Munitionsfabrik in Thun belieferte die Schweizer Armee seit 1863. Im März 2022, zwei Wochen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, verkaufte RUAG sie an das italienische Unternehmen Beretta, zusammen mit ihrer gesamten Kleinkaliber-Sparte; der Käufer verpflichtete sich, den Standort bis 2027 offen zu halten. Doch im Oktober 2024 warnte Beretta, dass Thun nicht mehr rentabel sei. Nach Angaben des Rüstungschefs selbst bestand die Reaktion des VBS darin, weitere Munition zu bestellen. Die Regierung räumte daraufhin schriftlich ein, dass der Schweizer Markt zu klein sei, um die Fabrik zu erhalten, und schloss einen Rückkauf aus. Viola Amherd räumte ein, dass der Verkauf nun in einem anderen Licht erscheine, und ihr Nachfolger, Martin Pfister, hat ihn seither als Fehler bezeichnet. Ein Eingeständnis im Nachhinein ist noch keine Politik.

Eine Abhängigkeit von ausländischer Munition im Krisenfall wäre „sicherheitspolitisch fatal", warnte Werner Salzmann, SVP-Mitglied des Ständerats, im Februar 2025.

Schweizer Geld, amerikanische Staatskasse

RUAG zeigt, was passiert, wenn Bern sein eigenes Unternehmen nicht im Auge behält. Die US-Aufträge zeigen, was passiert, wenn man sein Vertrauen in eine Regierung setzt, die ihr Wort nicht halten kann.

Im Jahr 2020 stimmten die Stimmbürger mit 50,1 Prozent der Stimmen für die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge – unter der Zusage, dass die Ausgaben «maximal 6 Milliarden Franken» betragen würden. Die Behörden betonen, dass der Preis für die F-35 gesetzlich festgelegt sei. Das stimmt nicht. Im Rahmen des US-amerikanischen «Foreign Military Sales»-Systems erhält der Käufer Kostenvoranschläge, niemals einen verbindlichen Preis, und trägt die Kosten für allfällige Preiserhöhungen. Die Mehrkosten werden nun auf 650 Millionen bis 1,3 Milliarden Franken geschätzt. Der Bundesrat entschied sich dafür, die Obergrenze nicht zu überschreiten. Im März 2026 beantragte er beim Parlament zusätzliche 394 Millionen und wird statt 36 nun etwa 30 Flugzeuge beschaffen. Im September kam die Kontrollkommission des Parlaments zu dem Schluss, dass niemand im Departement bereit gewesen sei, dies zu benennen. Es gab nie einen festen Preis.

Das gleiche Szenario spielte sich auf Schweizer Boden ab. Das Parlament hatte 120 Millionen Franken für die Hangars und Gebäude in Payerne, Emmen und Meiringen bewilligt – ein Betrag, der bereits 2018 festgelegt worden war, noch bevor das Flugzeug ausgewählt worden war. Die Eidgenössische Rechnungsprüfungsbehörde schätzt die Kosten nun auf mindestens 200 Millionen, wobei mehr als 50 Millionen für damit verbundene Projekte in der Berechnung nicht berücksichtigt sind.

Und wie sieht es mit dem Flugzeug selbst aus? Im April 2024 teilte der Leiter des F-35-Programms in den Vereinigten Staaten dem Kongress mit, dass nur 29 Prozent der US-Flotte voll einsatzfähig seien. Der Sekretär der US-Luftwaffe bezeichnete dies als „keine gute Zahl“. Das Government Accountability Office (GAO) schätzt die Gesamtkosten des Programms auf über 2.000 Milliarden Dollar, und seine Schätzung der Betriebskosten steigt mit jeder neuen Berechnung.

Was den Kauf von Patriots angeht, ist die Lage noch schlimmer. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht die Kontrolle über ihre eigenen Zahlungen verloren. Washington hat Lieferverzögerungen angekündigt, die der Bundesrat nun auf fünf bis sieben Jahre schätzt. Bern hat seine Zahlungen im Herbst 2025 eingefroren, um Druck auszuüben. Im März 2026 enthüllte die SRF, dass sich die Amerikaner einfach Mittel aus dem Schweizer F-35-Konto entnommen hatten, da beide Programme aus demselben FMS-Treuhandfonds finanziert werden. Der Rüstungschef bezog sich

lediglich auf einen Betrag von einigen hundert Millionen, da Washington ihn gebeten hatte, keine genaueren Angaben zu machen. Er bezeichnete die Situation als „sehr unbefriedigend".

Der Bundesrat rechnet nun damit, dass die Kosten für das Patriot-System um die Hälfte steigen werden, von rund 2 auf 3 Milliarden Franken. Und das für ein System, dessen tatsächliche Abfangquote seit dem Golfkrieg umstritten ist, seither Prüfer des US-Kongresses die von der Armee behaupteten Erfolge als nicht durch Daten belegt einstuften.

„Es ist frustrierend, wenn man einen Zahlungsstopp verhängt und das Geld am Ende doch noch fließt." – Werner Salzmann

Eine lange Reihe weiterer Misserfolge

RUAG und die beiden US-Programme sind die bekanntesten Fälle, doch sie sind nur die Spitze des Eisbergs in einer längeren Liste von Misserfolgen, die von der Eidgenössischen Rechnungsprüfungsbehörde dokumentiert wurden:

- **Die Hermes-900-Drohnen.** Im Jahr 2015 genehmigte das Parlament die Anschaffung von sechs israelischen Aufklärungsdrohnen für knapp 300 Millionen Franken, die 2019 ausgeliefert werden sollten. Elf Jahre später sind sie immer noch nicht in der Lage, autonom zu fliegen. Sie fliegen nur tagsüber und werden dabei von bemannten Flugzeugen begleitet; die volle Einsatzfähigkeit wird erst für 2029 erwartet.
- **SAP-Logistik.** Ein System im Wert von 240 Millionen wurde speziell angeschafft, um sicherzustellen, dass die Armee im Kriegsfall einsatzfähig bleibt. Es hat sich jedoch als abhängig von ausländischen Cloud-Diensten erwiesen und fällt daher sofort aus, sobald die Netzwerkverbindung unterbrochen wird. Krisenresiliente Logistik wird nun für etwa 2035 versprochen.
- **SkyView.** Die Kosten für das Luftraumüberwachungssystem haben sich verdoppelt, von 155 auf 314 Millionen Franken.
- **IT-Trennung.** Das Projekt zur Trennung der zivilen und militärischen Systeme der Armee hat seit 2016 rund 116 Millionen gekostet, weitere 100 Millionen sind budgetiert. Die Rechnungsprüfer können die Erfolgsaussichten „nur mit Vorbehalt" einschätzen.

Für sich genommen würde jeder dieser Fälle als Einzelfall erscheinen. Zusammengenommen zeichnen sie jedoch das Bild einer Institution, die nicht in der Lage ist, zu planen, zu verhandeln oder ihre Lieferanten zu überwachen.

Die bisherigen Kosten	Betrag
F-35, Preisabweichung	650 Millionen bis 1,3 Milliarden Franken
F-35, Gebäude und zugehörige Projekte	mindestens 130 Millionen
Patriot, Kostensteigerungen	bis zu etwa 1 Milliarde
SkyView, Kostenüberschreitung	159 Millionen
RUAG, Verluste aufgrund von Betrug	in Höhe von mehreren zehn Millionen
Insgesamt	**bis zu rund 2,7 Milliarden Franken**

Ganz zu schweigen von den 4,2 Milliarden, die für die sieben größten IT-Programme des Ministeriums bereitgestellt wurden.

Quoten, DEI und ein kleiner Kreis

Geld ist nur die halbe Miete. Die andere Hälfte des Problems liegt bei den ernannten Personen und denen, die sie schützen.

Das Thema Quoten. Unter Viola Amherd setzte sich das VBS das Ziel, den Frauenanteil in den Streitkräften von rund 1,6 Prozent – das sind etwa 2.300 Frauen – bis 2030 auf 10 Prozent zu erhöhen, und richtete eine eigene Stelle ein: „Frauen in den Streitkräften und Diversität“. Ihr Nachfolger, Martin Pfister, hält an diesem Kurs fest. Das Departement spricht von „Zielvorgaben“, nicht von Quoten. Es läuft auf dasselbe hinaus. Ein zahlenmässiges Ziel, das einmal auf die Rekrutierung und Beförderungen angewendet wird, legt das Ergebnis fest, noch bevor die Kandidatinnen beurteilt werden, und rückt die Qualifikationen in den Hintergrund. Man kann für diesen Ansatz argumentieren. Aber man muss ihn dennoch beim Namen nennen. Und vorerst funktioniert er nicht einmal. Im Oktober 2025 stellte «20 Minuten» fest, dass der Frauenanteil stagniert habe.

Duca Widmer: Die Quote in der Praxis. Als Chemieingenieurin, Spezialistin für Umweltsanierung und seit sechzehn Jahren im Tessiner Grossen Rat gewählte Vertreterin der CVP – der Partei der Ministerin – hatte Monica Duca Widmer keinerlei Erfahrung im Verteidigungssektor, als Viola Amherd sie 2019 zur Vorsitzenden der BGRB ernannte, der Holdinggesellschaft, die mit der Umstrukturierung der RUAG beauftragt war. Im Jahr 2023 trat sie dem Verwaltungsrat der RUAG MRO bei. Als ihr Name 2024 für den Vorsitz vorgeschlagen wurde, fasste der «Blick» das Argument zu ihren Gunsten in einem einzigen Satz zusammen: Sie ist eine Frau. Das Argument gegen sie lautete, dass sie bereits seit Jahren an der Spitze der RUAG stand, ohne Ordnung in die

Organisation gebracht zu haben. Im Jahr 2025 gehörte sie zu den drei Verwaltungsratsmitgliedern, denen der Bundesrat im Betrugsfall nur eine bedingte Entlastung erteilte, und sie stellte sich nicht zur Wiederwahl. Dasselbe galt für Sibylle Minder Hochreutener, eine Wissenschaftlerin ohne Verbindungen zur Verteidigungsbranche oder zu einer politischen Partei, deren Fall zeigt, dass im RUAG-Verwaltungsrat branchenspezifisches Fachwissen schlichtweg nicht erforderlich war.

Nicolas Perrin stand seit der Gründung von RUAG MRO im Jahr 2020 an dessen Spitze, nachdem er auf Empfehlung von Viola Amherd selbst ernannt worden war. Er ist der Schwager von Brigitte Hauser-Süess, der langjährigen persönlichen Referentin und engen Vertrauten der Ministerin. Im Sommer 2023 verteidigte er die Ministerin öffentlich in der Leopard-Affäre und behauptete, RUAG habe den Vertrag eigenmächtig unterzeichnet und sie erst im Nachhinein darüber informiert. Sein Ausscheiden wurde am 20. Februar 2024 bekannt gegeben – genau an dem Tag, an dem die Eidgenössische Rechnungsprüfungskammer ihre ersten Erkenntnisse zu den Panzer-Geschäften veröffentlichte. Ein Grund wurde nicht genannt, und er blieb weitere zehn Monate im Amt.

Jenseits der Quoten: das Netzwerk. Die aus Finnland stammende Pälvi Pulli stieg innerhalb von sechs Jahren in der Abteilung für Sicherheitspolitik des VBS auf. 2018 Leiterin der Abteilung für Sicherheitspolitik, 2019 Botschafterin, dann stellvertretende Staatssekretärin im Jahr 2024. Unter ihrer Führung entstanden der Sicherheitspolitische Bericht 2021, dessen Ergänzung von 2022 und die Strategie 2026 – Dokumente, die den Grundstein für engere Beziehungen zur NATO legten. Obwohl sie Viola Amherds Favoritin für die Leitung des neuen SEPOS war, wurde sie letztendlich übergangen, da ihr Profil innerhalb der Abteilung selbst als „zu internationalistisch“ angesehen wurde. Zu internationalistisch, um das Sekretariat zu leiten, aber nicht, um dessen Doktrin zu entwerfen. Im Juli 2026 verließ sie das VBS „im gegenseitigen Einvernehmen“ mit einer Abfindung in Höhe von acht Monatsgehältern. Ein in diesem Jahr erschienenes Buch enthält zudem Behauptungen über ihr Privatleben. Es wurde nach Intervention ihres Anwalts aus den Buchhandlungen zurückgezogen; Pälvi Pulli weist diese Behauptungen zurück, und wir wiederholen sie hier nicht.

Hier kommen zwei Ansätze zum Tragen: quantifizierte Ziele einerseits und die Abgeschiedenheit einer kleinen Elite andererseits. Und Letztere kennt kein Geschlecht, wie die F-35- und RUAG-Fiaskos belegen. Keine dieser Erklärungen entschuldigt die andere. Das einzige Kriterium sollte Kompetenz sein. Die

eigentlichen Versäumnisse des VBS – der Betrugsfall, die Panzer, der unter den Tisch gefallene Bericht – sind auf eine fehlerhafte Befehlskette zurückzuführen, nicht auf das Geschlecht der darin tätigen Personen.

Die Konsequenzen, sofern es welche gab, blieben minimal. Im Jahr 2025 erhielten drei Direktoren lediglich eine bedingte Entlassung und stellten sich nicht zur Wiederwahl. Der Minister, der Chef der Streitkräfte und der Geheimdienstchef schieden alle innerhalb weniger Wochen nacheinander aus ihren Ämtern aus, obwohl keiner dieser Rücktritte offiziell mit RUAG in Verbindung gebracht wurde. Niemand wurde öffentlich zur Rechenschaft gezogen. In einem kleinen Land sind diejenigen, die ernennen, beaufsichtigen und entschuldigen, allzu oft ein und dieselben Personen.

Wer hat all das genehmigt?

Die Antwort des Bundesrats auf all dies beruht auf einer Unterscheidung: dem Neutralitätsgesetz, gegen das er nach eigenen Angaben nie verstoßen habe, und der Neutralitätspolitik, die er nach eigenem Ermessen anpassen kann. Diese Unterscheidung ist nichts anderes als ein Trick. Was die Großmächte 1815 garantierten, war eine dauerhafte Neutralität, nicht eine Neutralität, die eingehalten wird, wenn es passt, und ausgesetzt wird, sobald der Druck aus Brüssel und Washington zunimmt. Eine Neutralität, die ein Ministerium anpassen kann, ist nicht auf Dauer angelegt. Wenn eine Regierung der Ansicht ist, dass diese Verpflichtung den Interessen des Landes nicht mehr dient, ist es ehrlich, dies zu sagen und das Volk zu bitten, das Land davon zu entbinden. Niemand war dazu bereit.

Unterdessen ist das Departement nicht untätig geblieben. Es hat Truppen zu Übungen nach Polen und Bulgarien entsandt, NATO-Interoperabilitätsstandards übernommen und ein neues Staatssekretariat für Sicherheitspolitik geschaffen. Nichts davon wurde jemals zur Abstimmung gestellt. Zu den ersten Ländern, gegen die die Schweiz Sanktionen verhängte, gehörte ausgerechnet jenes, dessen Gesandter ihre Neutralität gesichert hatte.

Es gibt einen Ort, an dem die Überlegungen des Departements schriftlich festgehalten wurden. Im Sommer 2024 entwarf das EDA einen direkten Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitiative. Dies war keine reine Formalität. Darin wurden die ewige und bewaffnete Neutralität beibehalten, der Verzicht auf Militärbündnisse und die Beschränkung der Zusammenarbeit bekräftigt und lediglich die Bestimmungen zu Sanktionen außer Kraft gesetzt. Beide Seiten hätten sich damit abfinden können. Interne Dokumente, die der Blick aufgrund des

Informationsfreiheitsgesetzes erhalten hat, zeigen, wie das eigene Sekretariat für Sicherheitspolitik des VBS reagierte. Es warnte, der Gegenvorschlag bedeute „einen klaren Kurswechsel und eine erhebliche Einschränkung der Kooperationsmöglichkeiten“. Ignazio Cassis setzte sich im Bundesrat durch, während Guy Parmelin, ein Befürworter eines Gegenvorschlags, unterlag.

Lesen Sie das noch einmal. Ein Bundesdepartement sprach sich gegen die Verankerung der bewaffneten Neutralität in der Verfassung aus – nicht, weil dies rechtswidrig, unklug oder zu kostspielig wäre, sondern weil es ihm die Hände binden würde.

Einige Kenner des Innenministeriums gehen sogar noch weiter. In *Das NATO-Netzwerk in der Schweiz*, erschienen im August 2026, zitiert Rafael Lutz den ehemaligen Verteidigungsminister Ueli Maurer, der von einer Welle von Säuberungen spricht. Ein ehemaliger Ausbildungsleiter des Nachrichtendienstes behauptet, viele seiner ehemaligen Kollegen seien nun bereit, die Schweiz zugunsten einer NATO-Integration zu opfern. Das VBS bestreitet jegliche politische Selektion bei Beförderungen. Das würde es ohnehin tun, und kein Dokument wird wohl jemals das Gegenteil beweisen.

Der Gesetzentwurf liegt vor

Aufgrund dieser Einschätzung fordert der Bundesrat deutlich mehr Mittel. In seiner Botschaft vom 12. August 2026 beantragt er 24 Milliarden Franken, die vollständig für Rüstungszwecke vorgesehen sind. Da die Schuldenbremse die Aufnahme von gewöhnlichen Krediten verbietet, greift die Regierung auf die Mehrwertsteuer zurück. Der zur Vernehmlassung vorgelegte Entwurf sah eine Erhöhung um 0,8 Prozentpunkte über einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Die endgültige Fassung sieht eine Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte über zwölf Jahre vor, wobei ein Rüstungsfonds ermächtigt wird, Kredite in Höhe von bis zu 6 Milliarden Franken aufzunehmen. Der genannte Betrag ist niedriger und der Zeitraum länger, doch der Mechanismus bleibt derselbe: eine Verbrauchssteuer, die bei jedem Kauf gezahlt wird, unabhängig vom Einkommen des Käufers.

Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die Bevölkerung dies ablehnen würde. Das Zentrum unterstützt die Erhöhung, während die FDP und die SVP dagegen sind. Im September lehnte die Kommission für Sicherheitspolitik des Ständerats den Vorschlag der Regierung mit acht zu drei Stimmen ab. Zusammen mit der Finanzkommission schlägt sie nun vor, die Mehrwertsteuer um lediglich 0,2 Prozentpunkte anzuheben und die Finanzierungslücke durch Kreditaufnahme zu schließen – bis zu 6 Milliarden in der Version der Finanzkommission und bis zu 12

Milliarden in der Version der Kommission für Sicherheitspolitik. Der Fonds würde zudem jährlich 500 Millionen aus nicht ausgegebenen Mitteln erhalten und bis 2045 bestehen bleiben.

Beachten Sie, dass in diesem Kompromiss niemand den Fonds selbst in Frage stellt. Eine Mehrwertsteuererhöhung erfordert eine Verfassungsänderung und wird daher automatisch einer Volksabstimmung unterzogen, frühestens im Juni 2027. Das Gesetz über den Fonds hingegen nicht. Es handelt sich um ein gewöhnliches Gesetz, das nur dann einer Volksabstimmung unterliegt, wenn 50.000 Bürger Unterschriften sammeln. Und sollte die Steuer abgelehnt werden, berichtet die ATS, bleibt der Fonds bestehen. Als sich die Steuer als unpopulär erwies, bestand die Reaktion nicht darin, sie zu verteidigen, sondern Wege zu finden, um diejenigen zu umgehen, die sie zahlen müssten.

Zwei Volksabstimmungen, zwei Reaktionen

All dies bedeutet nicht, dass die Schweiz keine Armee braucht. Sie braucht eine Armee, die funktioniert.

Fangen wir mit dem an, was nichts kostet. Washington hat zweimal gezeigt, dass es seine eigenen Verpflichtungen nicht einhält. Setzen wir die Zahlungen für die beiden US-Programme aus. Fordern wir Preise und Liefertermine schriftlich und innerhalb einer festgelegten Frist ein. Wenn das „Foreign Military Sales“-System diese nicht liefern kann, soll Washington dies öffentlich erklären, und das Parlament soll offen entscheiden, ob die Schweiz unter diesen Bedingungen weiterhin kaufen möchte. Das ist die Debatte, die 2021 niemand geführt hat.

Als Nächstes geht es um das Geld. Die Antwort lautet „Nein“ – in allen vorgeschlagenen Formen, sei es über Steuern, den Haushalt oder Kreditaufnahme. Ein Ministerium, das seit fünfzehn Jahren nicht in der Lage ist, Rechenschaft über seinen Besitz abzulegen, dessen Tätigkeit das Parlament sich geweigert hat, durch einen Untersuchungsausschuss zu überprüfen, und dessen neuer Minister noch nicht gezeigt hat, dass er das von ihm geerbte System in Frage stellen wird, darf keine weiteren Mittel erhalten. Kein Geldbetrag der Welt hat jemals ein Problem dieser Art gelöst.

Und stimmen Sie am 27. September mit „Ja“. Nicht, weil die Initiative geschickt formuliert wäre – denn das ist sie nicht –, und der Bundesrat hat Recht, wenn er sagt, dass ein Teil ihres Inhalts lediglich geltendes Recht wiederholt. Stimmen Sie mit „Ja“, weil die Alternative die Angelegenheit dort belässt, wo sie seit dreißig

Jahren ist: innerhalb des Departements, entschieden von Beamten, die niemand entlassen kann. Wenn das Parlament später eine andere Antwort will, kann es kommen und darum bitten.

Was das Geld angeht: Kein einziger Franken mehr, bis das Ministerium bewiesen hat, dass es Rechenschaft über das ablegen kann, was es hat. Zur Neutralität: JA. Was 1815 in Paris garantiert wurde, darf Bern nicht aufgeben.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Schweiz NATO